

Universität Bielefeld

Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung

Prof. Dr. W. Heitmeyer

Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag zum Thema „Arbeit gegen Rechtsextremismus – Auswertung und Weiterentwicklung“, 20.11.2006

Stellungnahme

I.

Es ist seit langem bekannt: Rechtsextremismus in Deutschland ist kein vorübergehendes „Phänomen“. Es sind weder Restbestände nationalsozialistischer Vergangenheit noch Erscheinungen, die von Medien erzeugt werden, oder Folgen von angeblich kurzfristigen Protestwahlen, die zu Erfolgen in Gemeinden und Landtagen geführt haben.

Rechtsextremismus ist eine Bedrohung für eine demokratische und liberale Gesellschaft, die vor tief greifenden Veränderungen steht, und auf deren negativen Folgen wie Orientierungslosigkeit und Desintegration auch ökonomische wie politische Eliten vielfach keine Antworten haben.

Deshalb ist eine reine „Bekämpfungslogik“ gegenüber dem Rechtsextremismus zu kurzschlüssig, weil zugleich neue bzw. verbesserte Integrationsstrategien entwickelt werden müssen.

Die „Bekämpfungslogik“, die oft nur Rhetorik ist, setzt am *Ende* des problematischen Sozialisations-, Politisierungs- und Mobilisierungsprozesses an. Die Entwicklung von Integrationschancen fokussiert auf den *Anfang*, also auf die Entstehungsbedingungen.

II.

Jede Art der Bekämpfung des Rechtsextremismus mit seinen zugespitzten Formen von menschenfeindlichen Einstellungen und Gewalt lässt sich nicht „mechanisch“ denken, wonach „einmalige“ Aktivitäten, seien sie repressiv, aufklärend, sozialarbeiterisch etc. angelegt quasi automatisch dauerhaft und nachhaltig erfolgversprechend sind. Wir haben es mit einem gefährlichen gesellschaftlichen Reproduktionsprozess zu tun, der z.T. stabilisierende, z.T. normalisierende Formen hervorbringt. Damit ist gemeint, dass z.B. erfolgreiche Interventionen in sozialen Milieus durch konterkarierende Effekte in anderen sozialen, ökonomischen oder politischen Bereichen etwa durch Desintegration wieder zunichte gemacht werden.

Diese Dynamik wird in dieser Gesellschaft noch nicht angemessen hoch bewertet und ernst genommen. Insofern sind Programme wie Civitas, Entimon und Xenos zwar für sich genommen

außerordentlich wichtig und unverzichtbar, aber sie sind nur ein Element im Problembereich von Rechtsextremismus und nicht die Lösung, schon gar *nicht* von strukturellen, d.h. auf Dauer gestellten Problemen etwa von Desintegrationserfahrungen bzw. -ängsten in ökonomischer, politischer und sozialer Hinsicht.

Die bisher benannten Programme, die darin geförderten Projekte und ihre Akteure leisten einen unverzichtbaren Beitrag. Sie dürfen in der Sichtweise einer ständigen gesellschaftlichen Reproduktion, an der ökonomische, politische mediale Eliten ebenso beteiligt sind wie sozialisierende Eltern oder anstachelnde peers oder Kameradschaften nicht überfrachtet werden mit Erwartungen, die dann schnell zu unangemessenen Versagenszuweisungen durch interessengeleitete Instrumentalisierungen werden. Ein wesentlicher Grund ist die simplifizierende Betrachtungsweise der zugrunde liegenden Anwärmungs-, Überzeugungs- und Gewaltprozesse, die in zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Kreisen dieser Gesellschaft immer noch vorherrscht. Sie ist z.T. auch noch moralisierend angelegt und trägt überhaupt nicht zur Weiterentwicklung eines demokratischen Selbstbewusstseins von Menschen, Milieus und Kommunen bei.

III.

Es ist dringend eine angemessene Benennung der Reichweite und der ständigen Gefährdung der Projekte gegen Rechtsextremismus vorzunehmen, wie sie in den bisherigen Programmen angelegt sind.

Nochmals: es geht um wechselseitig lernende „Systeme“. Neue Strategien auf Seiten von Initiativen, Schulklassen, Lokalparlamenten, Feuerwehrvereinen etc. setzen auch neue Überlegungen in den rechtsextremen Kreisen in Gang, zumal wenn Stimmungen in der Bevölkerung für Rückwind sorgen, feindselige Mentalitäten auch in der Mitte der Gesellschaft „normal“ werden. Es gilt immer noch: alles was als normal wahrgenommen wird, lässt sich nicht problematisieren. Aufklärung prallt ab.

IV.

- Es ist eine grundsätzliche Fehleinschätzung, allein die Bekämpfung von Rechtsextremismus auf *jugendbezogene Programme* zu konzentrieren. Unsere empirischen Analysen im Langzeitprojekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zeigen immer wieder die höheren Werte von Abwertungen, Diskriminierungen etc. bei Älteren, die als wirkungsvolle Sozialisationsakteure in Familien, Vereinen etc. wirken. Ernstgenommenes zivilgesellschaftliches Agieren erfordert intensive Anstrengungen im Hinblick auf Senioren, für das federführende Ministerium ebenso zuständig ist wie für Frauen, die in unseren empirischen Analysen über Jahre hinweg stabil stärkere rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen im Rahmen des Syndroms „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ aufweisen als Männer, bei denen andere Gruppen besonders abgewertet werden.

Gleichwohl bleibt Jugend ein wichtiges Interventionsfeld. Die zeitlich begrenzten Projekte können aber nur dann Erfolg haben, wenn sie mit institutionalisierten Regelstrukturen verknüpft sind.

- Die bisherigen Programme wie z.B. Civitas hatten z.T. erhebliche konzeptionelle wie professionelle Anlaufschwierigkeiten etwa in den sogenannten „*Strukturprojekten*“ wie mobile Beratungsteams, Opferberatungsteams, Netzwerkstellen.

Inzwischen ist eine erhebliche Weiterentwicklung zu verzeichnen. Deshalb kann auf die professionelle Kompetenz nicht verzichtet werden. Gleichwohl sind ständige unabhängige Evaluationen unabdingbar, um auch sicherzustellen, dass die Entwicklung von demokratieorientierter Gemeinwesenarbeit vorangetrieben wird. Es muss eine *Balance* zwischen Beratung und Projektarbeit gefördert und evaluiert werden.
- Die zu fördernden Einzelprojekte müssen in *lokale Aktionspläne* eingebaut werden. D.h. es geht um Projektverbünde ganz unterschiedlicher Projektformate. Dadurch erhöhen sich auch die Chancen intergenerativer Arbeit. Dazu bedarf es eine ständige evaluative Begleitung einschließlich eines coaching, d.h. weiterentwickelnder Beratung. Dazu gehören klare Zielvereinbarungen, die Grundlage für die Beurteilung von Weiterführungen oder Beendigungen sein müssen.

Die Kontextanalysen der CIVITAS-Begleitforschung zeigt eindeutig die Zukunftsträchtigkeit der Gemeinwesenorientierung. Dazu reicht es allerdings nicht, die Kontinuität nur für die Strukturprojekte zu sichern. Im Rahmen einer Förderstruktur, die keine Kontinuität zulässt, kann eine fachgerechte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismusproblem nicht gelingen. Besser als die ständige neue Erfindung von Modellprojekten wäre zumindest die parallele Verstetigung von bewährten Ansätzen.
- Die lokalen Aktionspläne dürfen im Sinne der Entwicklung *zivilgesellschaftlicher* Strukturen *nicht* unter die *Verantwortung von staatlichen Stellen* (also Verwaltung und Lokalpolitik) gestellt werden.

Zahlreiche politische und behördliche Verantwortungsträger in Kommunen verweigern sich immer noch einer offensiven Auseinandersetzung mit dem rechtspopulistischen Potential in der Bevölkerung und den Rechtsextremen in der eigenen Gemeinde. Die ist gerade vielfach dort zu beobachten, wo deren Wahlerfolge stattfinden. Wenn in Zukunft die Förderung der Projekte vornehmlich über die Gemeinden abgewickelt werden soll, erhöht dies mancherorts die Gefahr des gezielten Wegschauens.
- Zur Förderung im nächsten Programm ist ein *zweistufiges Antragsverfahren* vorzusehen, so dass so die Effektivität gesteigert werden kann.

In einem ersten Schritt müssten diese Aktionspläne unter Federführung einer kompetenten Einrichtung erarbeitet werden; dies könnten Bürgerinitiativen sein oder Jugendzentren oder Wohlfahrtsverbände. Dafür sollte es kleinere Summen geben, das kann man als klassisches „Risikokapital“ verstehen. Im zweiten Schritt müssen dann unabhängige Experten von außen die Pläne auf ihre Realisierungschancen und gerade auf realistische Vernetzung und Kooperationsbereitschaft vor Ort beurteilen. Erst wenn sie zustimmen, käme eine langfristige Förderung in Frage. Lokale Politiker dürfen jedenfalls nicht allein entscheiden, denn Zivilgesellschaft funktioniert anders als Verwaltung – Verwaltung verwaltet, Initiativen

müssen aufrütteln.

- Diese Förderung muss insbesondere in Ostdeutschland durch gezieltes *operatives Vorgehen* gestärkt werden. Das heißt verstärktes Engagement in bisher vernachlässigten bzw. rechts-extrem „infiltrierten“ Gebieten. Ein solches Vorgehen kann nur eine sensible und mutige *zivilgesellschaftliche Institution* leisten, die die Förderung ausspricht und initiativ wird. Dies ist *nicht* von einer *ministerialen Verwaltungsabteilung* zu leisten, die naturgemäß nach anderen Regeln arbeitet.
- Es bedarf einer ständigen *unabhängigen Evaluation*, die durchaus Wirkungen erzielen kann im Hinblick auf Professionalisierung und Verlagerung von Programmschwerpunkten, wie bisherige Evaluationsergebnisse etwa zum Civitas-Programm schon gezeigt haben.

V.

Unsere Evaluationsergebnisse zum Civitas-Programm zeigen sowohl professionelle wie konzeptionelle Entwicklungen auf. Die vorgängig genannten Elemente sind u.E. notwendige Fortentwicklungen, die in den uns bisher bekannten Planungen des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nicht in hinreichender Breite aufgegriffen worden sind.

Als unabhängiges Institut sind wir zu diesen Aussagen ebenso verpflichtet wie zu den Hinweisen auf die gefährlichen Wechselwirkungen* unterschiedlicher Faktoren in dieser Gesellschaft, die die zu bekämpfenden menschenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen des rechts-extremen Milieus immer wieder neu hervorbringen. Daher sind die Verantwortungen zur effektiven Bekämpfung rechtsextremer Entwicklungen nicht auf die Interventionsprogramme abzuwälzen. Um den fatalen Wirkungen der Desintegrationsprozesse entgegenzuwirken, sind neue Integrationsangebote in beruflichen, politischen und sozialen Bereichen besonders wichtig.

* Vgl. Heitmeyer, W.: Unthematisierte Reproduktionsprozesse. Zur Selbststabilisierung eines feindseligen Klimas. In: ders. (Hg.) Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt a.M. (Suhrkamp) 2007, 281-293.